



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/142 - 24.6.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

|                                     |      |
|-------------------------------------|------|
| Saar-Hoffmann und Syngman Rhee      | S. 1 |
| Belgische Sozialisten und EVG       | S. 3 |
| Ein Thronprätendent als Ideenersatz | S. 4 |

## Unfreie Wahlen an der geopferten Saar

Von Dr. Karl Mommer, M.d.B.

Der Kanzler hat immer erklärt, die Saar sei deutsches Staatsgebiet. Bei den Verhandlungen mit Außenminister Schuman im Frühjahr dieses Jahres über die Saar war die bisherige Festigkeit sichtlich ins Wanken geraten. Die Reaktion der öffentlichen Meinung in Deutschland war heftig, und sie zwang ihn erneut zu aufrechterer Haltung. Jetzt scheint er wieder aufrecht zu stehen, jedoch er handelt nicht oder nur auf dem Wege des geringsten Widerstandes, zögernd und unbestimmt. Allen Deutschen wird bald das erschreckende Resultat seiner Politik der Bagatelisierung und Vernachlässigung der Saarfrage vor Augen stehen.

In Paris hat man die Europapolitik immer als Machtpolitik verstanden und hat deswegen wenig Gewissenbisse bei dem Hinweis auf die uneuropäischen Zustände an der Saar. Nur wenn der Kanzler die Lösung der Saarfrage zur Voraussetzung für die deutsche Mitarbeit in europäischen Institutionen gemacht hätte, hätte Frankreich zu Konzessionen gezwungen werden können. Der Kanzler hat das nicht getan, vom Beitritt zum Europarat über den Schuman-Plan bis zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Nicht einmal das europäische Minimum der staatsbürgerlichen Freiheit für die Saardeutschen wurde ertrotzt. Und dieses Minimum hätte auch nach der Meinung von Angehörigen der Regierungskoalition schon vor Jahren ertrotzt werden können.

Nur widerwillig ließ sich Dr. Adenauer zu der Beschwerde über die polizeistaatlichen Verhältnisse an der Saar beim Europarat bewegen. Für sehr zweifelhafte Verhandlungen gab er die Beschwerde wieder auf und nunmehr, nach dem Rückpfeiff durch die alarmierte öffentliche Meinung, erklärte er sich im Bundestag bereit, sie wieder aufzunehmen, vorsichtigerweise ohne sich durch Nennung eines Datums zu verpflichten, dies bei der Septembersitzung des Ministerrates zu tun.

Inzwischen hat Frankreich in seinem Saar-Protectorat gehandelt. Es ist nicht wahr, wenn jetzt ein Sprecher des Quai d'Orsay erklärte, Frankreich sei mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge zufrieden, und es kenne keine Saarfrage. Es ist in der Tat sehr beunruhigt durch den wachsenden Widerstand, dem es bei den Deutschen an der Saar selbst begegnet. Es hat die Ruhe, die die Adenauer-Politik der Ausklammerung der Saarfrage bei den Vertragsabschlüssen ihm gewährt hat, dazu benutzt, um seine Position an der Saar erneut zu festigen. In Paris ist man sich im Gegensatz zu Bonn bewußt, daß die im Herbst fälligen Landtagswahlen eine entscheidende Schlacht für das weitere Schicksal der Saar sein werden. Grandval hat vorgesorgt. Im März ließ er das Parteiengesetz verabschieden, das deutsche Parteien verbietet. Es ist jetzt schon allen Eingeweihten klar, daß die bis Mitte Juli fälligen Entscheidungen über die Gesuche auf Zulassung als politische Parteien, der Deutschen Sozialdemokratischen Partei und der CDU, negativ sein werden. Die Demokratische Partei wird verboten bleiben. Der Wähler wird nur zwischen frankreichhörigen, separatistischen Parteien wählen können. Das war als Resultat des simpelsten Selbsterhaltungsdranges des Grandval-Hoffmannschen Regimes vorzusehen und nur internationaler Druck, der von der Bundesregierung ausgehen mußte, hätte das ändern können.

Damit keine Panne passieren kann, wird jetzt vom Landtag ein Wahlgesetz verabschiedet werden, das etwa noch verbleibende Schlupflöcher für die deutsche Opposition verstopfen soll. Frühere Angehörige einer verbotenen Partei sowie Angehörige eines Gründungsausschusses einer nicht zugelassenen Partei sind nicht wählbar. Wahlvorschläge können in den drei Wahlkreisen nur von den Landesvorständen der zugelassenen Parteien eingebracht werden. Der Innenminister kann den Wahltag, die Dauer des Wahlkampfes und dessen Führung in Wort und Schrift regeln. Und wenn dann noch ein Kandidat durchschlüpfen sollte, der sich vielleicht erst später darauf besinnt, daß er ein Deutscher ist und er es unternimmt, "den in der Verfassung verankerten demokratischen Staat in seinem Bestand anzugreifen oder zu untergraben", so kann ihm von diesem famosen Landtag das Mandat aberkannt werden. Wahrlich, ein solches Parlament wünscht sich auch Herr Syngman Rhee!

Die politisch bewußten Deutschen an der Saar kochen vor Empörung über diese Karikatur demokratischer Rechtsstaatlichkeit mitten in Westeuropa und mitten in Verhandlungen der Bundesregierung mit Frankreich über sogenannte europäische Gemeinschaften. Sie fühlen sich vom Bundeskanzler verraten und verkauft. Sie verdienen höchste Anerkennung, weil sie trotzdem mutig weiterkämpfen gegen die französische Ausbeutung und Unterdrückung. In der Bundesrepublik können sie auf eine Kraft bauen wie auf Fels: Die Sozialdemokratische Partei wird hier den Kampf um die Freiheit an der Saar mit allen Mitteln führen. Sie wird die deutsche öffentliche Meinung gegen die Politik des Bundeskanzlers mobilisieren, der es mit Beschwerden gegen den Polizeiterror an der Saar nicht eilig hat, der Verschmelzungsverträge mit Frankreich durchzupeitschen versucht, während er seine Landsleute an der Saar der Willkür der französischen Politik und ihrer separatistischen Büttel überläßt.

Umstrittener belgischer Verteidigungs-Etat

Von unserem belgischen P.H.-Korrespondenten

Der Wehr-Etat wurde in der Belgischen Kammer in diesen Tagen gegen die Stimmen der sozialistischen Fraktion angenommen. Das bedeutet nicht, daß die belgischen Sozialisten grundsätzlich gegen die Aufrechterhaltung einer belgischen Verteidigungsmacht sind. Sie haben im Gegenteil seinerzeit, als sie noch in der Regierung waren, zusammen mit den Liberalen eine gründlichere Reform und Verstärkung des belgischen Heeres durchgeführt; auch in der Debatte war ihre Kritik aufbauender Natur. Die sozialistischen Redner wandten sich dagegen, daß die belgische Luftwaffe mit ausgedienten englischen und amerikanischen Maschinen fliegen muß. Sie stellten Forderungen nach besserer Ausbildung und verlangten eine schnellere Förderung des zivilen Luftschutz-Netzes, der unter Führung des Wehrministeriums aufgebaut wird.

Wenn die Sozialisten trotzdem den Verteidigungs-Etat der christlich-sozialen Regierung ablehnten, so waren in erster Linie dafür die Befürchtungen maßgeblich, daß in der zukünftigen Europa-Armee der belgische Soldat unter französisches Kommando gestellt wird oder die belgische Verteidigung nach Großmachtsgesichtspunkten geregelt wird, ohne daß die belgische Regierung sich dagegen wehren kann. Der Wehrminister, ein Oberst, konnte zu diesem Punkt keine zufriedenstellenden Erklärungen abgeben. Er mußte im Gegenteil zugeben, daß die Organisation der Europa-Armee in der Tat Belgien die Verfügung über seinen Anteil an der Europa-Armee - und das ist der Kern des belgischen Heeres - weitgehend entzieht.

Der zweite Hauptpunkt der sozialistischen Opposition war die Länge der Dienstzeit. Nur Belgien und England haben eine 24monatige Dienstzeit durchgeführt. Der belgische Wehrminister mußte zugeben, daß es möglich wäre, in 18 Monaten schon einen guten Soldaten auszubilden. Er fügte zu seiner Verteidigung hinzu, daß höhere Militärpersonen, nämlich das europäische Shape-Kommando in Paris, gewünscht hätten, daß Belgien seine übermäßig lange Dienstzeit bis auf weiteres aufrecht erhalte. Das bestätigte die belgischen Sozialisten nur in ihrem grundsätzlichen Einwand, daß die kleinen Staaten in der Europa-Armee besonders scharf zu Kriegsdiensten herangezogen werden.

Hinzu kommt, daß die Last der 24monatigen Dienstzeit in der Hauptsache auf der Arbeiterschaft liegt, während für die selbständig Gewerbetreibenden und ihre Familienmitglieder in großem Umfange Freilassungen von der Dienstzeit erfolgen.

Ein sozialistischer Antrag, die Dienstzeit schon jetzt auf 18 Monate herabzusetzen, wurde von der christlich-sozialen Regierung mit der Begründung abgelehnt, daß darüber erst nach der Ratifizierung der Europa-Armee beschlossen werden könne. Unter diesen Umständen blieb den Sozialisten nichts weiter als die Ablehnung des Wehr-Etats übrig. Damit haben sie der jetzigen Organisation und der Form, die die Europa-Armee nach den bisherigen Verhandlungen nehmen soll, gleichzeitig ein Mißtrauensvotum ausgesprochen. Die belgische sozialistische Partei ist nicht bereit, das Blut der belgischen Arbeiter nach den Wünschen und Bedürfnissen einer internationalen Großmachtspolitik einzusetzen.

+ + +

#### "Volkskönig" im Kaiserzimmer

et. Man war in Bremen ein wenig überrascht zu hören, daß es nur vierundzwanzig Stunden bedurft hatte, um jegliche Schwierigkeiten behördlicherseits aus dem Wege zu räumen, die der "Prinzessin Kira von Preußen-Stiftung" entgegengestanden hatten. Die Stiftung, die von dem Chef des Hohenzollernhauses, des in Bremen-Borgfeld ansässigen Prinzen Louis Ferdinand, und seiner Gemahlin ins Leben gerufen wurde, um Ostvertriebene zu unterstützen, wurde von allen Steuern freigestellt. Das Finanzamt hat alle Spenden für diese Stiftung für steuerabzugsfähig erklärt. Grundstock der Stiftung sind die Erträgnisse des Buches "Als Kaiserenkeln durch die Welt", das den Prinzen zum Verfasser hat und dessen Vorabdruck der "Berliner Illustrierten Zeitschrift" überlassen wurde. Dabei handelt es sich jedoch nur um die Erträgnisse, soweit sie aus dem deutschen Sprachgebiet eingehen.

Ein Vorschlag an den Bremer Senatspräsidenten Kaisen, in das Kuratorium dieser Stiftung einzutreten, wurde abgelehnt. "Es würde einen merkwürdigen Eindruck machen, wollte ein Sozialdemokrat die Protektion für das Haus Hohenzollern übernehmen", wehrte Senatspressechef Faust ab. Die Mitteilung über die Stiftung erfolgte

stilvoll im Kaiserzimmer des Bremer Ratskellers.

Noch Überraschter war man, als man am gleichen Tag, an dem die Öffentlichkeit über die Stiftung des Hohenzollernpaares orientiert wurde, in den "Bremer Nachrichten" Betrachtungen des politischen Ressortleiters nach einem Besuch des Wümmehofes, des Sitzes des Prinzen Louis Ferdinand, las. Man erfuhr da nicht nur, daß der Hohenzollernchef auf einem gemieteten Flügel spielt und in einem "sehr schönen dunkelblauen Mercedes" fährt, sondern es wurde auch mitgeteilt, daß der Hohenzollernprinz die politischen Ereignisse mit großer Aufmerksamkeit verfolge, wenn er sich auch von der Politik fernhalte. Und dann:

"Natürlich hat er bemerkt, daß sich in der deutschen Bevölkerung mit dem dringenden Wunsch nach der Wiedervereinigung und der Festigung des Staatsgefüges eine neue Hinneigung zum Überkommenen und Gewordenen verbindet. Sicherlich werden diese neuen Strömungen nicht zu einer Restauration des buntscheckigen Dynastienbundes von ehedem führen, wie man das in Hannover oder München erhofft. Statt dessen scheint sich immer deutlicher die Idee eines demokratischen Volkskönigtums in Deutschland herauszubilden".

Bisher lag kein Grund vor, den wiederholten Versicherungen des Kaiserenkels, daß er keine politischen Ambitionen hege, nicht zu glauben. Aber die Gespräche, die der Politiker der "Bremer Nachrichten" am Kamin des Wümmehofes geführt hat, lassen an dieser politischen Abstinenz zweifeln. Oder braucht man in Rechtskreisen einen Thronprätendenten, weil man keine Ideen hat?

+ + +

Würmeling zurückgepiffen

(sp) Was zu erwarten war, ist auch eingetreten: Der CDU-Abgeordnete Dr. Würmeling mußte wegen seiner kürzlichen Angriffe gegen die DP im Bundestag eine ernste Rüge von seinem Fraktionsvorsitzenden Dr. von Brentano einstecken. Das Bündnis mit der schwerbelasteten DP ist der Kanzler-Partei wichtiger, als die Sauberkeit in unserem öffentlichen Leben. - So ist dann die Frage berechtigt: Wer trägt die Bonner Koalition? Überzeugungstreue Demokraten? O nein, es sind die Volksverderber von gestern und die von morgen, Dr. Krebs, unter dessen Frankfurter Oberbürgermeisterherrlichkeit 35000 jüdische Mitbürger vergast wurden, kann nun wieder, gedeckt von zwei Bundesministern, dort beginnen, wo er 1945 aufhören mußte. - Jenen aber, denen ob solcher fragwürdigen Bundesgenossenschaft Gewissensnöte aufsteigen, bedeutet der Fraktionsvorsitzende der Kanzlerpartei, stille zu sein. Seinen Schutz erhalten Leute, die lieber heute als morgen bereit sind, die deutsche Demokratie abzuwürgen.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler